

# Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint zweimal wöchentlich am Montag und Donnerstag, bei Festtagen und Feiertagen nur einmal. Der Einzelverkauf beträgt 10 Pf. Die Abonnementspreise sind in der Preisliste angegeben. Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts.



Das Wilsdruffer Tageblatt ist ein amtliches Organ der Stadt Wilsdruff. Es erscheint zweimal wöchentlich am Montag und Donnerstag, bei Festtagen und Feiertagen nur einmal. Der Einzelverkauf beträgt 10 Pf. Die Abonnementspreise sind in der Preisliste angegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts. Nr. 33 — 98. Jahrgang. Stadtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640. Mittwoch, den 8. Februar 1939.

## Von Monroe bis Roosevelt

Aus dem Land der „unbeschränkten“ Möglichkeiten ist ein Land „beschränkter“ Möglichkeiten geworden. Sollte man böswillig sein, könnte von beschränktem politischem Sinn die Rede sein. Denn wer kann die Probezungen des USA-Staatspräsidenten Roosevelt noch ernst nehmen, nach denen die autoritären Mächte Europas demnächst über den nord- und südamerikanischen Kontinent herfallen würden? Eine politische Utopie, ein militärischer Unfug, eine strategische Unmöglichkeit, die Phantasie eines überdienten Hirns oder das Eingeständnis eigener Denkfähigkeit? Wahrscheinlich aber nur die Höflichkeit gegenüber anonymen internationalen und uns nur zu bekannten Elementen, die in der amerikanischen Staats- und Wirtschaftsführung die ausschlaggebende Rolle spielen.

Hoover, der Amtsvorgänger des Herrn Roosevelt, wandte sich in einer an alle amerikanischen Staaten gerichteten Rede gegen die Katastrophenpolitik seines Nachfolgers und schloß mit dem Satz: „Wir köpfen in einen Krieg hinein!“ Selbst in England und Frankreich ist man über die Einsätze des Washingtoner Staatsmannes peinlich berührt, obwohl seine Parolen dem Schutze der Demokratien gelten sollen. Was würde James Monroe dazu sagen?

Dieser fünfte Präsident der Vereinigten Staaten forderte in seiner denkwürdigen Vortragsrede vom 2. Dezember 1823 das verständliche Reservoir „Amerika den Amerikanern“ und proklamierte zugleich für die Staaten den Grundsatz, daß sich entsprechend der erwarteten Nacheinander europäischer Einflüsse in die amerikanische Politik auch die Vereinigten Staaten nicht in die Angelegenheiten Europas einzumischen haben. Amerika hatte und hat es nicht nötig, sich so oder so mit den Komplizierten der Alten Welt zu befassen.

Es ist denn auch bezeichnend, daß zwar ein Woodrow Wilson in das europäische Weltkriegsgeschäft einstieg, dann aber seiner zweifelhaft gewordenen Spekulation durch die Väterentbindung der vierzehn Punkte die Spitze abzubringen verfuhr und zum Schluß darauf verzichtete, in den von ihm propagierten Völkerbund, der den Krieg für alle Zeit unmöglich machen sollte, einzutreten oder den Versailleser Gewaltfrieden mit zu unterzeichnen. Das ist amerikanische Konsequenz!

Die jüdischen New-Yorker Bankhäuser hatten inwischen unerhörte Geschäfte gemacht. Amerika's Finanzkönige waren zu Gläubigern fast eines ganzen Erdteils geworden. Deutschland sollte die Gesamtrechnung bezahlen. Wieder eine Fehlspekulation! Und die verbündeten Freunde erwiesen sich ebenfalls nicht als zahlungsfähig bzw. zahlungswillig. Die peinlichste Fehlspekulation! Freilich gingen gewaltige Summen über den Ozean in die Tresore der New-Yorker Banken. Die Folge davon war aber nicht eine allgemeine Steigerung des amerikanischen Volkseinkommens oder Volkseinkommens, sondern im Gegenteil eine Wirtschaftskrise und Sozialkrise, deren letzte Ausmaße noch nicht erreicht sind. Die tatsächlich gezahlten Tributkapitalien kamen nämlich nur einigen wenigen Bankmagnaten und Großaktionären zugute, die diese Summen in riesigen industriellen Neuanlagen anlegten, ohne deren Rentabilität hinsichtlich des ökonomischen Bedarfs für Eigenkonsum oder Export zu prüfen. Weil das amerikanische Volk am Kriegsgeschäft nicht beteiligt war, hatte es auch an dem Nutzen der gezahlten Gelder keinen Anteil.

Die hochkapitalistische Wirtschaft von USA fand keine Möglichkeit, den Gold- und Geldreichtum in Umlauf zu lassen, die wenigstens eine binnenwirtschaftliche Konjunktur versprach. Die Arbeitslosen hingen und seigten in die Millionen. Es ist eine Ironie, daß ein Land mit allen Rohstoffen und allem finanziellen Reichtum in der Abwertung seiner Währung wirtschaftliche Rettung suchte, Leistung und Führung fehlte.

Statt dessen aber hält es ein Herr Roosevelt für angebracht, unter die jüdischen Kriegsbeyrer zu gehen und eine Atmosphäre zu erzeugen, die verantwortungsbewußte Friedenspolitiker in ihrer Aktivität hindern oder gar lähmen soll. Und das in einer Zeit, in der von einer Reihe nicht unbedeutender demokratischer Staaten die Neutralitätspolitik gepredigt wird.

In diesen Kreis gehörten besonders die Vereinigten Staaten. Vor etwa vier Jahren, also schon in der Amtsperiode des gegenwärtigen Präsidenten, erklärte der amerikanische Völkerrechtler J. Brown Scott, der von 1914 bis 1917 den Vorsitz des Neutralitätsausschusses im auswärtigen Amt der USA führte, vor der Rechtsabteilung der Carnegie-Stiftung: „Amerika hat leider schon in der Zeit seiner sogenannten Neutralitätspolitik den Weltkrieg unterstützt, mit Waffenslieferung und Geld. Amerikanische Tonnen, die die europäischen Kriegesfriedhöfe besichtigten, können nicht ihre Hand aus der Tasche ziehen und versichern: Amerika habe keinen Anteil an diesem Verbrechen. Ein fünfziger Krieg wird noch fürchterlicher sein als der letzte, und Amerika darf nicht wieder „Operationsbasis“ der Kriegführenden werden, d. h. Quelle ihrer Kriegsmittel. Amerika muß also nicht so sehr an seine Rechte als an seine Pflichten als kriegsführender Staat denken und jede Waffenslieferung der Kriegführenden vermeiden.“

Zu dieser Auffassung hat Roosevelt nun eine Illustration gegeben, die sich jeden lassen kann. Er behauptet, daß die Völker zum Krieg in einem Augenblick auf, wo nirgendwo ernste Konflikte vorliegen, daß ein europäischer oder

## Jede Nation hat ihr eigenes Schicksal

### Rosenbergs Klarstellung wichtiger Fragen

Auf einem Empfang für die Diplomaten und die ausländische Presse sprach Reichsleiter Alfred Rosenberg über das Thema: Nissen weltanschauliche Kämpfe staatliche Regierungen ergeben? Einleitend betonte Reichsleiter Alfred Rosenberg, daß es eigentlich nicht notwendig sein dürfte, über ein derartiges Thema zu sprechen. Denn sachlich betrachtet, erscheine es unverständlich, daß die Lebens- und Staatsformen der einen Nation und ihre gesellschaftlichen Ordnungen die anderen Völker der Welt zu interessieren brauchen, daß sie zu einem Widerstand gegen diese Formen aufrufen müßten. Die innerstaatliche Ordnung sei doch eine Frage der Anpassung an räumliche und rassische Gegebenheiten. Jede Nation löse die Probleme auf ihre Art und gestalte damit nur ihr eigenes Schicksal, ohne Anspruch darauf zu erheben, durch diese Entscheidungen andere Staaten unmittelbar beeinflussen zu wollen.

Am 14. Juli 1939 begeht Frankreich, so führte Alfred Rosenberg weiter aus, den 150. Geburtstag der französischen Revolution. Es ist anzunehmen, daß dieser Tag in allen sich heute demokratisch nennenden Staaten große Feiern auslösen wird für die Grundzüge des demokratischen Staatsaufbaues, aber auch für die Gedanken, die damals zum ersten Male durchschlugen. Auch für uns, die wir in Deutschland diese Epoche als historisch abgeschlossen betrachten können, wird dieser Tag ein Tag historischer Bestimmung werden können. Gerade, weil diese Epoche geistig und politisch für Deutschland Geschichte wurde, deshalb können wir dieses Zeitalter unbefangenen bewerten, ohne jede Voreingenommenheit, die naturgemäß einen politischen Tageskampf überschattet.

### Die entscheidende Judenfrage

Alfred Rosenberg gab dann einen Ueberblick über das Zeitalter des Liberalismus, das seine Geburtsstunde in den Tagen der Großen Revolution hatte, stellte die Entartungserscheinungen dieser Epoche dar, und begründete die Ablehnung des deutschen Volkes von den „Idealen“ von 1789.

Reichsleiter Rosenberg wies weiter darauf hin, daß der Nationalsozialismus immer bereit sei, Tradition und Wesen anderer Völker zu begreifen und gar nicht die Absicht habe, wenn er in Ruhe gelassen werde, fremde Staatsmänner und andere Staaten mit einer negativen Politik und Propaganda zu verfolgen. An einer Stelle aber zeigte sich heute besonders deutlich, wie sehr über Staatsformen und Traditionen hinaus die Meinungen dank einer weltanschaulichen Wende auseinandergehen: in der Judenfrage.

Der Reichsleiter behandelte anschließend in einem großen geschichtlichen Ueberblick die Entwicklung der Judenfrage, angefangen mit der Judenemanzipation bis in unsere heutige Gegenwart und betonte, daß für den Nationalsozialismus die Judenfrage in Deutschland erst dann gelöst sein werde, wenn der letzte Jude das Territorium des Deutschen Reiches verlassen habe. Die jüdische Politik kenne keine Grenzen für ihre zerstörende Wirksamkeit. Das habe schließlich der neue Nord in Paris der ganzen Welt gezeigt.

### Weltpolitisches Problem aktueller Bedeutung

Die Maßnahmen des Deutschen Reiches zwecks Ausschaltung des Judentums aus dem gesamten deutschen Leben haben nunmehr die noch vorhandenen gewissen Hoffnungen zerstreut, und eine Weltbewegung aller Juden und der von ihnen Abhängigen ist die Antwort auf diese Selbstverteidigung der deutschen Nation. Damit ist die Frage einer entscheidenden Auswanderung wieder zu einem weltpolitischen Problem aktueller Art geworden.

Alfred Rosenberg beschäftigte sich dann mit den aufgetauchten Plänen, wo die Juden in der Welt unterzubringen seien, und führte u. a. aus: Das kleine Palästina kommt für eine weitgehende Auswanderungspolitik nicht in Frage. Bereits die heutige Zahl der Juden hat zu dem arabischen Freiheitskampf geführt und hat gezeigt, daß dank der jüdischen Ansprüche England zu keinem Uebereinkommen mit den Arabern kommen kann.

Der sogenannte zionistische Staat, der erstrebt wird, hat in gar nicht zum Ziele, das jüdische Volk in Palästina

Weltbrand auszulammen droht. Trotzdem verkauft Herr Roosevelt Flugzeuge nach Frankreich und feigert damit den Umlauf der Kaufleute des Todes. Die jüdische Proflieger muß befriedigt werden, auch wenn es Protest im eigenen Lande auslöst. Eine politische Verantwortungslosigkeit, die ohne Beispiel dasteht. Und das obendrein nach dem Friedensbekenntnis des Führers vor dem Großdeutschen Reichstag, dem die Welt mit atemloser Spannung gelauscht und das sie mit überwiegendem Verständnis aufgenommen hat.

Herr Roosevelt ist weit schlimmer als der Mann der vierzehn Punkte, der, zaghaft und erschrocken über das angerichtete Unheil, seine Unterschrift von den internationalen Dokumenten der Nachkriegszeit fernhielt.

nung unterzubringen, sondern nur ein alljüdisches Machtzentrum im Nahen Osten zu schaffen. Ein jüdischer Staat soll dem Weltjudentum die Möglichkeit geben, gleichsam legal in allen Staaten seine Gesandtschaften einzurichten, seine diplomatischen Vertreter überallhin zu entsenden, ohne dabei die jüdische Zahl und Macht in den Demokratien irgendwie zu beeinträchtigen.

Dieser Judenstaat hätte zweitens die Aufgabe, amtlich für die sogenannten jüdischen Kinderheime in allen Ländern einzutreten. Drittens ist er gedacht als ein Zentrum zur wirtschaftlichen Beherrschung des Nahen Ostens. Viertens hätte ein solcher Judenstaat die Aufgabe, den verdrängten Juden aus aller Welt ein unantastbares Asyl zu verschaffen. Dort würde man alle diese Juden mit neuen Photographien, neuen Namen und Pässen ausstatten und sie jeweils dann in jene Länder entsenden, wo sie noch nicht waren. Das heißt, wir hätten hier ein Weltzentrum für Völkerbergung des Hochapitertums der ganzen Welt zu erwarten, einen Zustand, den Europa, wenn es überhaupt noch etwas auf sich halten will, auf die Dauer nicht hinhinnehmen könnte.

### Wohin mit den Juden?

Da also auch Palästina als eine Lösung für eine wirklich kompakte Siedlung der Judenheit nicht in Frage kommt, und eine zerstreute Auswanderung das Problem nicht nur nicht löst, sondern rassistisch und politisch Gefahren schlimmster Art für Europa und andere Länder heraufbeschwört, so bleibt eben als einzige Frage zu lösen übrig, ob und welches in sich abgeschlossene große Territorium die Demokratien bereitstellen wollen, um die Juden als Gesamtheit anzusiedeln.

Dieses Territorium müßte vorsehen eine Kapazität von rund 15 Millionen Juden. Zu diesem Zweck müßten die jüdischen Millionäre und Milliarden aus aller Welt etwas dem Büro der Evian-Konferenz in London ihre Mittel zur Verfügung stellen, was zweckmäßig wäre, als sie in politische Hilfe und Wirtschaftshilfe gegen Deutschland und für bolschewistische Propaganda innerhalb der Demokratien einzusetzen.

Welches Territorium dann in Frage kommen könnte, darüber müßten naturgemäß die Väter dieser teilweise menschenleeren Gebiete selber entscheiden. Ob sie sich hier für Guayana entscheiden oder für Madagaskar, das mag eine Zweckmäßigkeitüberlegung sein, ein Ergebnis der Besprechung zwischen England, Frankreich, den Vereinigten Staaten und Holland.

Daß Alaska mit seinem herben nordischen Klima für die Juden zu schade wäre, liegt auf der Hand. Es schließt sich dabei unmittelbar an hoffnungsvolle Landstriche Kanadas, darüber hinweg der Vereinigten Staaten und würde somit eine ähnliche rassistische Gefahr heraufbeschwören wie eine Ansiedlung auf der englischen Insel oder in Australien.

### Nicht Staat, sondern Reservat

Da die beiden anderen Vorschläge, Guayana und Madagaskar, bereits amtlich besprochen worden sind, verzengt sich also das gesamte Problem nach Ausschaltung unmöglicher Programme auf diese beiden Gebiete. Wenn die Demokratien nunmehr die Wahrheit ihrer Judenfreundlichkeit unter Beweis stellen wollen, so müßten sie in absehbarer Zeit sich darüber Klarwerden, welches von diesen Territorien nunmehr als jüdisches Reservat eingerichtet werden soll.

Ich betone das Wort Reservat, denn von einem Judenstaat kann weder in heutiger Zeit die Rede sein wie von einem Judenkauf in der Zukunft.

Wenn sich Millionen Juden ansiedeln, so gebietet die primitivste Menschenfreundlichkeit dem Judentum gegenüber, es nicht sich selbst zu überlassen, sondern jede größere Kolonie unter die Oberaufsicht einer politisch gut durchgebildeten Verwaltung zu stellen und diese Distriktpolizeibehörden wieder unter einem Gouverneur oder einem Völkerbund, der dieses jüdische Reservat im Auftrag der Demokratien zu beaufsichtigen hätte, falls man sich zu einer derartigen Lösung nicht entschließen sollte, sondern die Juden selbst in einem Staat von 12 bis 15 Millionen sich einrichten lassen wollte, so würde das bald zu einer gegenseitigen Ausblüderung und zu einem gegenseitigen Massaker führen, was gewiß nicht im Interesse der Freunde des Judentums liegen würde.

### Deutschlands Haltung

Aus allen diesen Ueberlegungen ergibt sich von unserem Gesichtspunkt also:

1. Die Notwendigkeit, die Hunderttausende aus Deutschland, dann später die Millionen Juden aus Zentral- und Osteuropa einmal auszumachen und nicht zerstreut, sondern geschlossen geliebt unterzubringen. Aus allen bisherigen Vorschlägen bleiben zunächst zwei übrig.

2. Bei einer solchen Ausdehnung kann nicht von der Errichtung eines Judenkaates die Rede sein, sondern von der Errichtung eines jüdischen Reservates.